

Stenographischer Bericht

XIV. Gesetzgebungsperiode – 10. Mai 2005

Jubiläumssitzung des Steiermärkischen Landtages

60 Jahre Zweite Republik

50 Jahre Staatsvertrag

10 Jahre Mitgliedschaft zur Europäischen Union



Fotos: Christian Jungwirth

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr.

Präsident Reinhold Purr: Meine Damen und Herren, bitte Platz zu nehmen.

Herr Bundespräsident!

Frau Landeshauptmann!

Herr Diözesanbischof!

Hohe festliche Versammlung!

Die Zahlen 60, 50 und 10 haben sich, wie ich sie schon öfters hier im Landhaus von Schülerinnen und Schülern erfahren durfte, gut eingeprägt.

Dennoch ist es heute den 65-jährigen und älteren Menschen vorbehalten, über die Entwicklung der Steiermark und der steirischen Landespolitik in dieser Zeitspanne zu sprechen.

1945, endlich Kriegsende, endlich eine Wende zum demokratischen Staat Österreich. Der Hauptbahnhof von Graz war zerstört. Am Standort des heutigen Hotels „Daniel“ stand das Hotel „Leeb“ völlig ausgebrannt da. Das Opernhaus wurde bombardiert, wobei der nordöstliche Teil des Balkontraktes und die Kuppel schwer zerstört wurden. Industrie- und Gewerbebetriebe sowie die Kommunikationsstrukturen in unserem Land wurden schwer beschädigt. An die 7800 zerstörte und beschädigte Objekte im gesamten Stadtgebiet von Graz hinterließen ein Bild der Verwüstung.

Am 8. Mai 1945 übergab Gauhauptmann Dadiou die Regierungsgeschäfte an eine provisorische Landesregierung, damals unter Landeshauptmann Reinhard Machold von der SPÖ.

Am 25. November 1945 fanden – gleichzeitig mit den Nationalratswahlen – die ersten Landtagswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg statt.

Am 28. Dezember 1945 wählte der Steiermärkische Landtag Anton Pirchegger von der ÖVP zum Landeshauptmann. Als weitere Mitglieder der ersten demokratisch legitimierten Landesregierung in der Steiermark nach dem Zweiten Weltkrieg wurden folgende Personen gewählt:

1. Landeshauptmannstellvertreter Reinhard Machold (SPÖ),
2. Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Tobias Udir (ÖVP),

Landesrat Josef Hollersbacher (ÖVP),

Landesrat Josef Krainer (ÖVP),

Landesrat DDDr. Udo Illig (ÖVP),

Landesrat Norbert Horvatek (SPÖ),

Landesrat Fritz Matzner (SPÖ),

Landesrat Engelbert Rückl (SPÖ).

Am 6. Juli 1948 folgte in der Funktion als Landeshauptmann der Steiermark auf Anton Pirchegger Landeshauptmann Ök.-Rat Josef Krainer.

Am 12. November 1949 fanden schließlich die ersten Wahlen mit Landeshauptmann Josef Krainer senior an der Spitze statt. Es galt 48 Mandate zu vergeben.

Nach dem Abzug der Russen Ende Juli 1945 kam die Steiermark in die von den Briten besetzte Zone, deren Hauptquartier sich im Hotel Wiesler befand.

Die Kontakte zu den Briten waren vorzüglich und ich freue mich darüber, heute in unserer Mitte willkommen zu heißen:

Major a. D. Arthur Farrand Radley, Adjutant des Obersten Wilkinson, Befehlshaber der britischen Militärregierung im Land Steiermark mit besonderen Aufgaben als Verbindungsmann zur Landesregierung und

Major a. D. Denys Geoffrey Crossley Salt, ehemaliger Stabsoffizier der britischen Militärregierung im Land Steiermark.

Herzlichen Gruß, meine Damen und Herren. (Allgemeiner Beifall.)

Als damals 18-Jähriger habe ich am 15. Mai 1955 im Radio die Ansprache von Außenminister Leopold Figl gehört, als er seine Freude über den unterzeichneten Staatsvertrag mit drei Worten zum Ausdruck brachte:

„Österreich ist frei!“

Leopold Figl hat gemeinsam mit Adolf Schärf und Staatssekretär Bruno Kreisky zuvor in Moskau die Weichen für die Zukunft Österreichs gestellt.

Ein unglaubliches Ereignis, ein Erfolg der damaligen Bundesregierung unter Bundeskanzler Julius Raab, ein unvergessliches Erlebnis. Es war wieder möglich, ohne Identitätsausweis durch Österreich zu reisen.

Österreich war wieder unser aller Österreich!

Der damalige Landeshauptmann Josef Krainer verstand es Brücken zu bauen und so kam es nicht von ungefähr, dass – Jahre später – Marschall Josip Broz Tito, der Machthaber Jugoslawiens, von ihm in die Steiermark eingeladen wurde.

Im Jahre 1969 schließlich konnte Landeshauptmann Krainer als besorgter, bodenständiger und zielstrebigster Landesvater sogar Königin Elisabeth II. von Großbritannien in der Steiermark begrüßen.

Ein großes, besonderes Ereignis!

Dies ist ein Beweis dafür, dass es der damalige Landeshauptmann Josef Krainer verstand, unter den neuen Bedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg partnerschaftlich zu agieren und dabei auch hohe Akzeptanz fand.

Herr Bundespräsident!

Festliche Versammlung!

Lassen Sie mich aber heute, an diesem Tag, groß gerechnet 60 Jahre nach Kriegsende, etwas hervorheben: Das Bauen von Brücken, das Schaffen von nachbarschaftlichen Beziehungen war und ist immer ein Anliegen der steirischen Landespolitik.

Dr. Josef Krainer, Sohn des Landeshauptmannes Ök.-Rat Josef Krainer, häufig bei uns auch Josef Krainer II. genannt, hat Anfang der 1970er Jahre als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, damals unter Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl, maßgeblich am Aufbau der Alpen-Adria-Gemeinschaft mitgewirkt und damit einen wegweisenden Grundstein für das neue Europa gelegt.

Diese Politik des Aufbaues in unserem Lande und des Brückenbaues zu unseren Nachbarn wurde parteiübergreifend von allen politischen Kräften getragen. Namentlich darf ich dabei insbesondere folgende Spitzenvertreter hervorheben:

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Alfred Schachner-Blazizek,

Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian,

Landeshauptmannstellvertreter Hans Groß,

Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz Dipl.-Ing.

DDr. Alexander Götz,

Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek.

In Fortsetzung der partnerschaftlichen Friedenspolitik in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ist Österreich im Jahre 1995 der Europäischen Union beigetreten.

Ehemalige Gegner, die sich Jahrhunderte auf den Schlachtfeldern der Geschichte Europas gegenüberstanden, sind heute in einer Union fest und friedlich vereint.

Gestern, am 9. Mai, feierten wir einen besonderen Tag. Den Europatag. Das gemeinsame Europa wurde nach dem Weltkrieg von Europäern der ersten Stunde, Robert Schumann, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi aus der Taufe gehoben.

Durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Nachbarländer vor einem Jahr sind die Steiermark und Österreich unwiderruflich ins Herz Europas gerückt.

Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat sich gerade in der Vorbereitung auf die Erweiterung der Europäischen Union, damals noch als steirische Wirtschaftslandesrätin, im Interesse unserer Nachbarstaaten maßgeblich eingesetzt.

Sie prägte den Slogan „Alte Nachbarn, neue Partner!“ und es war ihr wichtig, diesen Worten auch nachhaltige Bedeutung zu geben, wie zum Beispiel durch die Gründung der EUREGIO Steiermark-Nordostslowenien im April 2001.

In meiner Funktion als Präsident des Steiermärkischen Landtages ist es mir ein aufrichtiges Anliegen, diese Bemühungen um ein gemeinsames und friedliches Europa nach bestem Wissen und Können mit meiner ganzen Kraft auf allen Ebenen zu unterstützen.

Es ist mir nunmehr eine besondere Freude, Herrn Chefredakteur Prof. Paul Lendvai in unserer Mitte willkommen zu heißen.

Ein herzliches Grüß Gott, Herr Professor. (Allgemeiner Beifall.)

Prof. Paul Lendvai, geboren in Budapest, ist als langjähriger Journalist und Leiter der Osteuroparedaktion des ORF sowie als Leiter des Europastudios einer der profunden Kenner der österreichischen und mitteleuropäischen Zeitgeschichte.

Prof. Lendvai ist nicht nur Autor vieler einschlägiger Publikationen über die jüngere Geschichte unserer weiteren Heimat, er ist auch Mitherausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „Europäische Rundschau“. Rechtzeitig zum 50-Jahr-Jubiläum der Wiedererlangung der österreichischen Unabhängigkeit hat Prof. Lendvai eine Jubiläumsausgabe zu dieser Zeitschrift herausgebracht.

Anlässlich der Festsitzung des Steiermärkischen Landtages begrüße ich ganz besonders:

Herrn Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer, der uns durch sein Kommen eine besondere Ehre erweist! (Allgemeiner Beifall.)

Unsere Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic als höchste Vertreterin des Landes Steiermark! (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße mit Hochachtung den Hochwürdigen Herrn Diözesanbischof Dr. Egon Kapellari! (Allgemeiner Beifall.)

Mein Gruß gilt den Herren Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves und Dipl.-Ing. Leopold Schögg! (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, ich ersuche nach Beendigung meiner Begrüßungsliste zu applaudieren. Weiters darf ich begrüßen:

die Vizepräsidentinnen des Steiermärkischen Landtages Dr. Anna Rieder und Walburga Beutl!

Frau Bundesministerin a. D. Dkfm. Ruth Feldgrill-Zankl mit Gatten, Herrn Landtagspräsidenten a. D. Komm.-Rat Franz Feldgrill!

Herrn Altlandeshauptmann Dr. Josef Krainer!

Herrn Altlandeshauptmann Dr. Friedrich Niederl!

die Damen und Herren Landesräte Dr. Kurt Flecker, Mag. Wolfgang Erlitz, Mag. Kristina Edlinger-Ploder, Hans Seitinger sowie Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer!

Herrn Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz Mag. Siegfried Nagl!

Herrn Superintendenten Mag. Hermann Milas und Frau Superintendentialkuratorin Eva-Rosemarie Lindner!

die Klubobleute Mag. Christopher Drexler, Walter Kröpfel, Waltraud Dietrich, Ingrid Lechner-Sonnek sowie Franz Lafer namens aller Abgeordneten des Hauses, des Nationalrates und Bundesrates!

die Damen und Herren Landtagspräsidenten a. D. Dipl.-Ing. Franz Hasiba, Dr. Lindi Kalnoky und Annemarie Zdarsky!

Landeshauptmannstellvertreter a. D. Univ.-Prof. DDr. Peter Schachner-Blazizek!

die Herren Landesräte a. D. Dipl.-Ing. Hermann Schaller, Präsident Hannes Bammer, Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs, Josef Gruber und Erich Pöttl!

Herrn Bürgermeisterstellvertreter Walter Ferk, Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl, Herrn Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler, Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg und Frau Stadträtin Wilfriede Monogioudis!

Herrn Landesamtsdirektor Univ.-Prof. Hofrat Dr. Gerhart Wielinger!

Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Heinz Wietrzyk!

Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Hon.-Prof. Dr. Heimo Lambauer!

Herrn Präsidenten der Kammer für Land- und Forstwirtschaft Ök.-Rat Gerhard Wlodkowsky!

Herrn Präsidenten der Industriellenvereinigung in der Steiermark Komm.-Rat Mag. Jochen Pildner-Steinburg!

Herrn Landesbezirkstierarzt Präsident Dr. Franz Krispell!

Herrn Präsidenten des Gemeindebundes, Bürgermeister a. D. Hermann Kröll!

Herrn Apostolischen Protonotar Dompropst Prälat Mag. Leopold Städtler!

Herrn Stadtpfarrpropst Bischofsvikar Kanonikus Prälat Msgr. Dr. Heinrich Schnuderl!

Herrn Apostolischen Pronotar Domdechant Kanonikus Prälat Gottfried Lafer!

Herrn em. Stadtpfarrpropst Domkustos Kanonikus Prälat Karl Hofer!

Herrn Präsident Gerard Sonnenschein für die israelitische Kultusgemeinde!

Herrn Univ.-Prof. Dr. Grigorijs Larentzakis für die Griechisch-Orthodoxe Kirche!

Herrn Sicherheitsdirektor Hofrat Mag. Josef Klamlinger!

Herrn Kommandanten Generalmajor Günter Höfler vom Kommando für Internationale Einsätze!

Herrn Militärkommandanten Generalmajor Heinrich Winkelmayr!

für den Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz die Klubobleute Gemeinderat Dr. Peter Piffel-Percevic, Gemeinderat Dr. Karl-Heinz Herper, Gemeinderätin Elke Kahr!

die Landesgerichtspräsidenten Dr. Friedrich Kicker und Dr. Jürgen Schiller!

Herrn Polizeidirektor Dr. Helmut Westermayer!

Herrn Polizeidirektor Hofrat Dr. Josef Dick!

Herrn Landesgendarmeriekommandanten Brigadier Peter Klöbl!

Herrn Konsul Komm.-Rat Herbert Depisch für die anwesenden Vertreter des konsularischen Korps!

Ganz besonders freue ich mich, Herrn Chefredakteur Prof. Paul Lendvai als Festredner des heutigen Tages begrüßen zu dürfen!

Ich heiße auch seine Gattin, Frau Zsoka Lendvai, herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Sehr geehrte Festgäste!

Bevor ich Ihnen, Herr Prof. Lendvai, das Wort zum Vortrag des Referates unserer heutigen Festveranstaltung erteilen darf, erfolgt eine Darbietung der Serenade *Andante cantabile*, Opus 3 Nr. 5 von Josef Haydn, ausgeführt vom Streichquartett unter der Leitung von Herrn Mag. Ernst Friessnegg.

(Musikstück. – Allgemeiner Beifall.)

Herr Prof. Lendvai, ich ersuche Sie um Ihre Ausführungen.

Prof. Paul Lendvai (10.25 Uhr): Herr Bundespräsident, Frau Landeshauptmann, sehr verehrter Herr Bischof, meine Damen und Herren!

Ich bin dem berühmtesten Auslandssteirer, Arnold Schwarzenegger, sehr dankbar. Er hat bewiesen, dass man mit einem dicken steirisch-österreichischen Akzent Gouverneur des sechstreichsten Staates der Welt sein kann.

Unser Operndirektor Ioan Holender ist ein gebürtiger Rumäne mit verborgenem ungarischem Einschlag von Temesvar.

Kürzlich wurde zum Direktor der Diplomatischen Akademie, einer par excellence österreichischen Institution, noch von Bruno Kreisky wieder gegründet, ein tschechischer Schriftsteller, Jiri Grusa, gewählt.

Unter diesen Umständen wage ich es, in diesem Hohen Haus in deutscher Sprache mit ungarischem Akzent zu sprechen, in der Hoffnung, dass mein Akzent nicht stärker ist als jener Arnold Schwarzeneggers im amerikanischen Englisch. Ich habe den Eindruck in den letzten Jahrzehnten gewonnen, dass der ungarische Akzent zu jenen gehört, die in Österreich mehr oder weniger gern gehört werden.

Lassen Sie mich aber zu unserem Thema kommen:

Die Erinnerung bei den Siegern und Besiegten an das Kriegsende vor 60 Jahren ist im Westen wie im Osten von einer historischen Rückschau geprägt. Die großen Serien, Berichte, Interviews mit Zeitzeugen, Memoiren und Sammelbänden mahnen immer wieder, dass ohne die Überwindung des selbstzerstörerischen Nationalismus keine europäische Identität geschaffen werden kann.

Europa bedeutet – und nicht nur in Österreich – auch eine „Versöhnung über den Gräbern“. Diese darf aber nie mit einem Freibrief für Vergessen und Verdrängen, für das Verschweigen von schmerzhaften und gefährlichen Wahrheiten gleichgesetzt werden. Trotz der hier und dort – leider – festgestellten Sättigung bezüglich des öffentlichen Diskurses über die Themen der Vergangenheit, über die Beschäftigung mit Schuld und Unschuld, Tätern und Opfern, Verstrickungen und Verantwortlichkeiten muss man aus aktuellem Anlass ohne Wenn und Aber feststellen, dass die Gespenster der Vergangenheit auch für die Gegenwart und die Zukunft virulent bleiben.

Das war für mich – und wohl auch für hunderttausende Zuschauer der TV-Übertragung anlässlich der Gedenkfeiern in Mauthausen – die eigentliche Hauptbotschaft der außerordentlich beeindruckenden Rede, die Kardinal Schönborn am Sonntag vor den überlebenden KZ-Häftlingen und den in- und ausländischen Gästen gehalten hat.

„Die Erinnerung an das Böse soll der Schutzschild gegen das Böse sein“, sagte Bundespräsident Heinz Fischer in seiner bewegenden kurzen Ansprache.

Wenn man von der Ambivalenz der Erinnerung an 1945 spricht, muss ich einige zutiefst persönliche Bemerkungen vorausschicken. Ich habe zwar nirgends so viele Vorträge wie in Graz über mein Leben gehalten, aber diese persönlichen Bemerkungen mache ich jetzt hier zum ersten Mal.

Ich erlebte das Kriegsende und die Befreiung 1945 als Mittelschüler in Budapest etwas früher als die Menschen in Wien oder Graz. Bald danach kam es, wie überall hinter dem Eisernen Vorhang, zur Machtergreifung der Agenten einer fremden Macht, zur hautnahe Bekanntschaft mit der braunen und roten Diktatur, beide lebensgefährdend, hat für mich nicht nur die Zeit der Jugend, sondern auch mein Geschichtsverständnis geprägt. Wenn man über die völlig gegensätzliche Entwicklung im Westen und Osten Europas spricht, kann man die Augen nicht verschließen oder, um Goethe aus den *Maximen und Reflexionen* zu zitieren, „aufrichtig zu sein, kann ich versprechen – unparteiisch zu sein aber nicht.“

Nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die Österreicher, ja für alle Europäer bietet die große Rede des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäckers zum 8. Mai von 1985 den geschichtspolitischen Hintergrund, deren zentrale Botschaft lautete: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Die Niederlage der Nazi-Diktatur war auch eine Voraussetzung für die Gründung der Zweiten Republik, für die Wiederherstellung eines selbstständigen und demokratischen Österreichs, auch wenn das viele Menschen damals aus vielfältigen persönlichen Gründen noch nicht als eine Befreiung begriffen haben. Dass Österreich das Schicksal der deutschen Teilung erspart geblieben ist und dass es sich trotz einer sowjetischen Besatzungszone als demokratische Einheit behauptete, war nicht zuletzt dem weitblickenden und mutigen Handeln von Persönlichkeiten wie Karl Renner und Leopold Figl zu verdanken. In Ungarn, wie in den anderen späteren Ostblockländern, war die Befreiung aber nur ein kurzer Übergang von einer fremden Diktatur zu einer anderen, von der Nazi-Besatzung zu einer Knechtschaft unter dem roten Stern.

Es geht hier nicht um die Zulässigkeit eines Vergleichs zwischen den beiden Diktaturen, geschweige denn um eine gegenseitige Aufrechnung, sondern schlicht und einfach darum, dass für die Menschen auf der anderen Seite des Vorhanges fast 45 Jahre Unterdrückung folgten, zum Teil in denselben Gefängnissen und im selben Lager.

Jene in Österreich aber, die trotz österreichischer Staatlichkeit die sowjetische Besatzung mit dem verbrecherischen NS-Regime praktisch gleichsetzen, unterscheiden sich nur in ihrer Wortwahl von jenem unerträglichen Amtsträger hinter der Maske eines Bundesrats, der noch heute die Existenz der Gaskammern, in denen zum Beispiel im Sommer 1944 fast eine halbe Million ungarischer Juden, einschließlich meiner Großeltern und vieler Verwandter, umgebracht wurden, in Frage stellt.

In der Politik ist alles eine Frage der Grenze des Sinnes für Maß. Die Opfer können sich nicht mehr wehren, aber solche unfassbar dumme und vielleicht auch deshalb so böse Personen sollten keinen Platz in den repräsentativen Gremien einer Demokratie haben.

Noch eine persönliche Notiz: Weder damals, zwischen den Ruinen der ungarischen Hauptstadt, noch 1955, zur Zeit des Staatsvertrages, als amnestierter, aber mit Berufsverbot belegter politischer Häftling hätte ich gedacht, dass ich am 10. Mai vor Ihnen die Festrede in diesem Haus halten würde.

Erst am 4. Februar 1957 konnte ich, in einem knöchellangen, gebraucht gekauften Wintermantel, österreichischen Boden betreten und wurde am 29. September 1959 österreichischer Staatsbürger. Als „Wahlsteierer“ gelte ich erst als Besitzer einer kleinen Zweitwohnung seit nunmehr über 15 Jahren in Altaussee. Dort im Ausseer Land und auch in Graz traf ich dann immer wieder Menschen wie Barbara Frischmuth und Klaus Maria Brandauer, Josef Krainer und Emil Breisach, die für mich Symbole – ich zitiere – „jenes innerlich großräumigen, sehr selbstkritischen, freimütigen, weltoffenen, europa-offenen Österreich-Bewusstseins“ sind, von dem Friedrich Heer, der große Wissenschaftler und Humanist, zugleich österreichischer Patriot und überzeugter Kosmopolit, träumte.

Diese Betrachtungen fallen deshalb etwas aus dem Rahmen der konventionellen Festreden dieser Tage, weil hier ein Zugereister spricht, der diesem Österreich, also auch der Steiermark und seinen Menschen, die ihm nicht nur einen Reisepass, sondern in „finsternen Zeiten“ – Bertolt Brecht – auch eine neue Heimat geboten haben, unendlich dankbar ist. Ich flüchtete nach Österreich als ein Mensch, der sich nach den eigenen jugendlichen Irrwegen für die Wahrheit und gegen die Lüge, für die unperfekte Demokratie und gegen den Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten entschied. Deshalb muss auch die Liebe zu Österreich eine kritische sein und bleiben.

Vor 25 Jahren erschien eine Sonderausgabe der von mir redigierten Vierteljahresschrift, die Sie, Herr Präsident, freundlicherweise erwähnt haben, „Europäische Rundschau“, vor 25 Jahren, unter anderem mit Stellungnahmen der damaligen Außenminister der vier Signatarmächte des österreichischen Staatsvertrages. In einem langen Gespräch mit Bundeskanzler Bruno Kreisky erinnerte ich ihn daran, dass der große österreichische Schriftsteller Stefan Zweig irgendwann im Jahre 1940 in einem Brief aus der Emigration in Eng-

land an Felix Braun folgenden Satz geschrieben hatte, ich zitiere: „Nur Kinder können an die Märchen von einer Wiederherstellung Österreichs glauben ...“ Bruno Kreisky verneinte meine Frage, ob er auch in den vielen Jahren der Emigration den Glauben an eine Wiedergeburt Österreichs verloren hätte und dann sagte er wörtlich: „Doch so, wie man die Landschaft eines Landes nicht wesentlich verändern kann, man kann sie höchstens ein wenig verschandeln, so kann das, was die Geschichte eines Landes aus dem Bewusstsein der Menschen gemacht oder unbewusst hineingeprägt hat, nicht ausgelöscht werden. Denn der Österreicher hat gewisse Züge, gewisse Charaktereigenschaften, die ihm geblieben sind, aber es ist doch ein ganz anderes Österreich. ...“

Auch politisch ist der Österreicher ein anderer geworden. Die Art der Auseinandersetzungen, wie wir sie nicht nur in der Republik, sondern auch schon in der Monarchie hatten, diese hasserfüllten Auseinandersetzungen zwischen Lueger und Schönerer, diese hasserfüllten Kämpfe an den Universitäten zwischen jungen Menschen verschiedener Sprache und Religion, das alles ist überwunden, das gibt es nicht mehr, davon will niemand mehr etwas wissen. Und das zeigt doch wieder eine gewisse Größe, so eine Art ‚Stille Größe‘, wenn ich sagen darf, dass der Österreicher eben aus der Geschichte gelernt hat, hoffentlich für längere Zeit.“ Soweit Kreisky anlässlich des 25. Jahrestages des Staatsvertrages. Damals, 1980, war freilich noch keine Rede von den späteren, fast weltweiten Turbulenzen um die so genannte „Waldheim-Affäre“ und 20 Jahre nachher von den für das Ansehen unseres Landes noch schädlicheren Auswirkungen der so genannten Sanktionen der 14 EU-Staaten wegen der Bildung der schwarz-blauen Bundesregierung. Ich hatte persönlich sowohl im Fall Waldheim 1986/1987 wie auch nach den Sanktionen im Jahr 2000 stets im In- und Ausland die vereinfachten negativen Österreichklischees zurückgewiesen und später meine Motive auch in langen Aufsätzen in der „Frankfurter Allgemeinen“ und in der „Neuen Züricher Zeitung“ sowie in meinen Memoiren dargelegt. Dass nun kein Geringerer als Stuart Eisenstat, der hochrangige amerikanische Beamte und Vertreter in den Restitutionsverhandlungen die zwar verspäteten, aber doch handfesten österreichischen Bemühungen kürzlich gewürdigt hat, ist ein Beweis dafür, wie sich die Gewichte auch im Geschichtsverständnis der Amerikaner verschieben. Es ist in der Tat etwas zutiefst Provinzielles, dieses so facettenreiche und so komplexe Land mit einer für mich fast unfassbaren Erfolgsgeschichte entweder als eine unendlich reiche Insel der biederen Seligen oder als eine Alpenfestung der unverbesserblichen Nazis hinzustellen. Bei allem berechtigtem Unbehagen über die Versäumnisse der Nachkriegszeit, in Ungarn mit dem Nationalsozialismus, und über die verhängnisvollen Erklärungen mancher führender Politiker gibt es in Wirklichkeit auch eine äußerst positive Bilanz Österreichs, 1945 bis 2005. Die so erfolgreiche und so verdienstvolle TV-Serie von meinem ältesten österreichischen Freund Hugo Portisch läuft zu Recht unter dem so treffenden Titel „Eine unglaubliche Geschichte“.

Die von Kreisky erwähnte „Stille Größe“ der viel geprüften Österreicher prägte die entscheidende Periode des Wiederaufbaus bis zum Staatsvertrag. Prof. Hans Seidel beschrieb in seiner kürzlich veröffentlichten um-

fassenden Studie den Weg zu einer langen Periode von historisch einmaligem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.

Es gibt wohl, meine Damen und Herren, kaum einen besseren Beweis für die triste Ausgangslage, als die Erklärung des Generaldirektors des UN-Hilfswerks, Fiorello La Guardia vom 2. Mai 1946: „Das österreichische Volk zählt zu jenen Völkern der Welt, die dem Niveau des Hungertodes am nächsten sind.“ Damals betrug das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur 60 Prozent des durch die Massenarbeitslosigkeit gedrückten Niveaus von 1937. Die wichtigsten Weichenstellungen für die Zukunft waren die massive Absage der Bevölkerung bei den ersten freien Wahlen an die KPÖ und die Entscheidung für die westliche Marktwirtschaft. Die Auslandshilfe im Wert von 1,5 Milliarden US-Dollar damals sicherte der Wirtschaft lebenswichtige Importe und ermöglichte die Finanzierung eines umfassenden Investitionsprogramms. Nach dem Anlaufen des Marshall-Plans Mitte 1948 konnten die vor allem durch die Sowjets verursachten Belastungen bewältigt werden. Die Wirtschaft wurde durch den konzentrierten Einsatz umfangreicher Mittel in den Schlüsselsektoren angekurbelt.

Nur einige Zahlen: Schon 1949 erreichte das reale Bruttoinlandsprodukt das Niveau von 1937 und 1955 – im Jahr des Staatsvertrages – lag es bereits um zwei Drittel darüber. Zwischen 1946 und 1955 betrug die Wachstumsrate jährlich 10,9 Prozent, von 1955 bis 1973 4,9 Prozent und von 1973 bis 2000, natürlich auf einem ungleich höheren Niveau, 2,5 Prozent.

Neben der als Initialzündung wirkenden, überwiegend von den Amerikanern gewährten Auslandshilfe, die während der Marshallplanperiode netto, ohne Abschreibungen, mehr als die Hälfte der Vermögensbildung finanzierte, war die starke Sozialpartnerschaft die eigentliche Säule des Wirtschaftswunders „Made in Austria.“ Man muss freilich auch die Tatsache offen aussprechen, dass die Gesamtkosten der sowjetischen Besatzung, samt Demontagen, Reparationen und Ablösezahlungen auf Dollarbasis gerechnet, laut Seidel, nicht viel weniger waren als die Auslandshilfe, zu Preisen von 1955 1,830 Milliarden Dollar gegen 1,920 Millionen Dollar Hilfe.

Ich konnte übrigens persönlich den Wirtschaftsaufstieg Österreichs zwischen 1960 und 1982 sozusagen aus erster Hand als Wiener Korrespondent der Financial Times beobachten und die wachsende Kluft zwischen dem Lebensstandard und der Wirtschaftsleistung hierzulande und in den volksdemokratischen Nachbarländern immer wieder feststellen. Was mich und viele Auslandskorrespondenten immer wieder beeindruckt hat, waren nicht nur das Wirtschaftswunder, nicht nur diese Zahlen, die ich zitiert habe, sondern auch das engmaschige System der Sozialpartnerschaft und die ständigen Bemühungen um eine gemeinsame und gewaltlose Regelung der Konflikte. Die Fähigkeit, sich in den Standpunkt eines anderen zu versetzen und die Bereitschaft, alternative Wege im Umgang mit Konflikten zu schaffen, waren wohl Erkenntnisse, die aus den bitteren Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und der NS-Diktatur sowie aus der Not der Nachkriegsjahre gewonnen wurden. Immerhin waren in der ersten frei gewählten Regierung nach 1945 im Kabinett Figl zwölf von 17 Regierungsmitgliedern ehemalige KZ-Häftlinge einschließlich Leopold Figl selbst. Dass der politische Gegner nie wieder zum politischen Feind werden sollte,

war nach meiner Ansicht die eigentliche Grundlage des politischen Konsenses ohne Rücksicht auf die Form der jeweiligen Regierung. In diesem Sinne, meine ich, ist die Toleranz zu einer Säule für die Stabilität der österreichischen Demokratie geworden.

Der frühere ÖVP-Obmann und heutige erfolgreiche Unternehmer Josef Taus meint, gerade die innovative Wirtschaft erfordert eine Art Symbiose von Staat und Wirtschaft. Er schrieb: „In den 60 Jahren der Zweiten Republik hat es eine vernünftige Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft gegeben. So etwas sollte – so weit wie möglich – beibehalten werden.“ Zwischen 1945 und 2005 hat jede der beiden Großparteien je 30 Jahre den Bundeskanzler gestellt. Verglichen etwa mit Italien oder Belgien oder gar mit manchen postkommunistischen Staaten ist auch die personelle Stabilität der Spitzenpolitiker – ich sage das nicht deshalb, weil Sie hier sitzen – beeindruckend. Es waren in Österreich während dieser langen Zeit nur acht Bundespräsidenten, neun Bundeskanzler und zehn Nationalratspräsidenten im Amt. Eine ähnliche Beständigkeit gilt auch bei der Personenauswahl an der Spitze so wichtiger Institutionen wie der Nationalbank, des Gewerkschaftsbundes und der Industriellenvereinigung sowie der Wirtschafts- und Arbeiterkammer.

Die Unterzeichnung des Staatsvertrages – wie Sie schon erwähnt haben, Herr Präsident – war ein Meilenstein auf dem Weg zur vollen Eingliederung in die internationale Staatengemeinschaft und auch zur späteren Teilnahme am Integrationsprozess. Darüber hinaus beschleunigte die so lange ersehnte Befreiung von internationaler Besetzung und Bevormundung die volle Identifizierung der Österreicher mit Staat und Nation. Der Staat, den keiner wollte (so der verstorbene Helmut Andics) ist heute einer, den alle wollen (so Rudolf Burger), in diesem Fall zu Recht. So wuchs das österreichische Nationalbewusstsein zuerst langsam, aber später unaufhaltsam. Bei der letzten Umfrage aus dem Jahr 2004 meinten 76 Prozent der Befragten, die Österreicher seien eine Nation, während 1964 nur 47 Prozent dieser Meinung waren. Jetzt sind 16 Prozent der Meinung außerdem, die Österreicher beginnen sich als eine Nation zu fühlen, nur 5 Prozent verneinen die Existenz der österreichischen Nation.

Während Figl und Renner die entscheidenden Männer der ersten Stunde waren, so erkannte 1955 Bundeskanzler Julius Raab die Chance in Moskau, dass die Sowjets eine weithin sichtbare Geste der Entspannung setzen wollten und stellte als herausragender Politiker rechtzeitig die richtigen Weichen für einen schnellen Kompromiss mit der gespaltenen Sowjetführung. Die Befürchtungen der SPÖ-Politiker, Vizkanzler Schärf und Innenminister Helmer, dass sich die Neutralität als eine raffinierte sowjetische Falle zur Ausfüllung der Unabhängigkeit entpuppen könnte, wurden von der innen- und außenpolitischen Entwicklung schnell zerstreut.

Die immer währende Neutralität laut dem Neutralitätsgesetz vom 26. Oktober 1955 – sprechen wir heute offen aus – war ein Preis für den Staatsvertrag. Trotz der Reparationsverpflichtungen gegenüber der damaligen Sowjetunion und trotz späteren sowjetischen Einwänden bezüglich der Teilnahme an der europäischen Wirtschaftsintegration erwies sich der Preis freilich als nicht zu hoch, zumal Österreich schon im Dezember 1955 mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen über das in Moskau festgelegte Schweizer Vorbild hinaus-

gegangen ist. Dass aber der Spielraum gerade in der Schlüsselfrage der europäischen Integration doch auch von westlicher Warte aus durch die geopolitischen Rahmenbedingungen beschränkt war, zeigte sich sogar noch 1989, wenige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer. Der damalige belgische Außenminister schlug nämlich bei der Überreichung des österreichischen EG-Beitrittsantrags ernsthaft vor, dass die Gemeinschaft über dieses Thema vorerst einmal mit der Sowjetunion Gespräche führen sollte! Unglaublich, wenn man das heute hört!

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und mit dem Ende des Kalten Krieges, nach dem Eintritt der Nachbarn in die EU und in die NATO ist die Neutralität außen- und sicherheitspolitisch zu einem Anachronismus ohne Funktion geworden. Innenpolitisch und sozialpsychologisch ist sie aber nach allen Umfragen noch immer nicht nur ein Objekt sentimentaler Nostalgie, sondern weiterhin ein wichtiger Bestandteil nationaler Identität geblieben. Heute ist es nicht abzusehen, ob und wann durch künftige gesamteuropäische Entwicklungen das Neutralitätsgesetz eines Tages auch formell außer Kraft gesetzt werden wird.

Dass Österreich aber schon im Oktober/November 1956 einen eigenen und vom Kreml kaum erwarteten Weg eingeschlagen hat, zeigte die spontane Reaktion des Volkes und der Koalitionsregierung auf die brutale Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956.

Ich weise die kürzlich aufgestellte Behauptung eines bekannten österreichischen Zeithistorikers, dass es sich – ich zitiere – „bei genauem Hinsehen um eine erfolgreiche PR-Strategie“ handelte, damals, denn die meisten Flüchtlinge in 1956 und später 1968 in andere Länder weiterwanderten, mit aller Schärfe zurück! Dass ein Land nach sieben Jahren „Anschluss“ und Krieg, nach fast zwölf Jahren Besetzung und so kurz nach dem Abzug der letzten fremden Soldaten, die über 180.000 Männer und Frauen aus Ungarn derart natürlich, unerschrocken und großzügig aufgenommen hat, bleibt für eine ganze Generation ausschlaggebend und hat nicht wenig zum Selbstverständnis der Zweiten Republik beigetragen.

Dank der zum Teil wohl aus Schuldgefühl gezeigten Aufnahmebereitschaft so vieler Staaten, Dank dieser Bereitschaft verließen bis Ende 1957 praktisch alle auswanderungspflichtigen Flüchtlinge Österreich. In Österreich bestand jedenfalls ein Volk damals seine historische Bewährungsprobe. Wir hatten damals das gute Österreich kennen gelernt, wo die Menschen nicht nachgeforscht haben wer was ist und als was er gilt, sondern einfach geholfen haben. Ich sah es als eine Art Verpflichtung an, dies auch laut und deutlich, gerade in schwierigen Zeiten, kundzutun.

Auch danach in den folgenden Krisen, die den Sowjetblock 1968 und 1981 erschütterten, war Österreich für zehntausende Tschechen, Slowaken und Polen das Tor zur Freiheit. Auch während der Kriege in Jugoslawien erwies sich Österreich für zehntausende Bosnier und Kosovo-Albaner als ein Flüchtlingsland par excellence. Hat doch in Mauthausen ein Mädchen gesprochen, ungarisch stammend aus Kroatien geflüchtet und hier zur Österreicherin geworden. Neben 300.000 Volksdeutschen fanden zwischen 1945 und 1983 über 300.000 fremdsprachige Flüchtlinge in Österreich Aufnahme. Unabhängig von den unerfreulichen und viel zu oft vom Fremdenhass geprägten Streitigkeiten der

letzten Zeit, auch zwischen den einzelnen Bundesländern über die Asylwerber, muss man die vergangenen, oft kostspieligen humanitären Leistungen des Landes für die verfolgten und vertriebenen Menschen ins rechte Licht rücken. Über 9 Prozent der Bevölkerung bestehen heute aus Ausländern. Von den Wienern ist ein Viertel, 440.000, außerhalb Österreichs geboren.

Nach dem Staatsvertrag gelang nicht zuletzt infolge der unermüdlichen weltweiten diplomatischen Aktivität des damaligen Außenministers Kreisky die Anerkennung Österreichs als Schutzmacht der Südtiroler. Heute genießt Südtirol eine Autonomie, die in Mittel- und Osteuropa, und nicht nur dort, als Vorbild für die Lösung eines Minderheitenkonfliktes gilt. Gerade deshalb ist es so unerklärlich, ja schmerzlich, dass 50 Jahre nach dem Staatsvertrag und fast 15 Jahre nach der Unabhängigkeit Sloweniens die internationale Verpflichtung, im gemischtsprachigen Gebiet zweisprachige Tafeln anzubringen, noch immer nicht gänzlich erfüllt worden ist. Es liegt im eminenten Interesse auch der Kärntner Bevölkerung, die Minderheitenrechte so bald wie möglich zu realisieren und dadurch auch mit dem slowenischen Nachbarn, dem erfolgreichsten aller neuen EU-Mitgliedsstaaten, völlig friktionsfreie Beziehungen zu ermöglichen.

Der Beitritt zur Europäischen Union, 66,6 Prozent der Bevölkerung bestätigt, war ein Datum in der Geschichte der Zweiten Republik, das es verdient, in einem Atemzug mit dem 15. Mai zu nennen. Der EU-Beitritt vom 1. Jänner 1995 war ein Teil der Wiedervereinigung Europas und zugleich auch der Auftakt zu substanziellen Beitrittsverhandlungen mit jenen Kandidaten, die dann am 1. Mai 2004 zu Vollmitgliedern der EU wurden. Österreich hat bereits in der Ära Kreisky durch das Engagement bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) auf vielfältige Weise einen wesentlichen Beitrag zum inneren Zerfall des Sowjetblocks geleistet. Ich darf mir vielleicht erlauben auch auf die Sprengkraft der Sendungen des ORF und die grenzüberschreitende Wirkung seiner TV-Programme hinzuweisen, wobei man vor allem auch heute dem langjährigen Generalintendanten Gerd Bacher gebührenden Respekt erweisen muss.

Wenn wir also jetzt über Österreichs positive Rolle in der EU sprechen wollen, dann sollten zwei Faktoren hervorgehoben werden. Die Zustimmung zum Beitritt war in keinem anderen Beitrittsland 1994 höher als in Österreich. Ferner spielte Österreich, auch die Steiermark, sozusagen von Haus aus eine besondere Rolle beim Brückenbau zwischen Ost und West. Die von den EU-Staaten verhängten Maßnahmen Anfang 2000 gegen die österreichische Bundesregierung bewirkten zwar einen Rückschlag und eine zeitweilige Isolation des Landes, doch sollte man besonnene und wichtige ausländische Beobachter, und nicht nur die heimischen Pro- und Kontra-Stimmen anhören. So erklärte der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Deutschlands, Helmut Schmidt, Anfang 2001 in einem „Profil“-Interview: er habe die Maßnahmen als eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedsstaates der Union und als ein gefährliches Präjudiz verurteilt, da dieses Verhalten in den EU-Verträgen keinerlei Basis habe. Günther Nonnenmacher, Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, schrieb kürzlich in der „Europäischen Rundschau“: „Es wird heute kaum jemanden geben, der die Sanktio-

nen nicht als politische Dummheit qualifizieren würde ... Es gab keinen Augenblick lang ernsthaften Anlass, am demokratischen Charakter und an der politischen Stabilität der österreichischen Republik zu zweifeln. Wolfgang Schüssel hatte nur das Rezept angewandt, mit dem man populistische Systemkritiker am schnellsten entzaubern kann, indem man sie in das System aufnimmt und mit den Zwängen des Regierens konfrontiert. Mittelfristig, so lässt sich heute bilanzieren, ist ihm damit gelungen, was François Mitterrand in den Jahren nach 1981 mit den französischen Kommunisten bereits durch-exerziert hatte, die gründliche Dezimierung einer Partei, insoweit die reinen Protestwähler weitgehend von ihr abgesprengt wurden.“

Immer wieder muss man unweigerlich bei der Einschätzung der Kluft zwischen dem Selbstbild und Feindbild Österreichs an den Spruch Friedrich Nietzsches denken, ich zitiere: „Nicht, wenn es gefährlich ist, die Wahrheit zu sagen, findet sie am seltensten Vertreter, sondern wenn es langweilig ist.“ Das gilt auch für die Kritiker der Bilanz des EU-Beitritts oder der Erweiterung Richtung Mittel- und Osteuropa. Es gibt kaum ein Land, außer Deutschland, das von der Ostöffnung und dem EU-Beitritt so viel profitiert hätte wie Österreich. Die Exporte haben sich seit dem Beitritt verdoppelt, mehr als die Hälfte der enorm gewachsenen Auslandsinvestitionen entfallen auf Mittel- und Osteuropa. Rund die Hälfte der Gewinne der fünf größten heimischen Banken kommen aus dem Osten. Zugleich haben die ausländischen Investitionen in Österreich in zehn Jahren rund 37,3 Milliarden Euro erreicht.

Erhard Busek wies kürzlich auf die totale Änderung der Strategie der österreichischen Unternehmen nach 1989 hin. Wenn Österreich seit 2003 eine positive Handelsbilanz hat, so ist das dem Engagement im „Osten“ zu verdanken.

Heute sind es nahezu 20 Prozent Export und das Nebenergebnis sei auch eine Ablösung von der Abhängigkeit gegenüber Deutschland. Zugleich zeichnete sich eine Wende im Verhältnis zu Deutschland ab. Vor 20 Jahren waren noch 60 Prozent der Österreicher überzeugt, dass die Deutschen einen höheren Lebensstandard haben als sie selbst. Heute glauben nur noch 14 Prozent, dass es den Deutschen besser geht als den Österreichern. 41 Prozent meinen dagegen, es sei umgekehrt. Und die Letzteren haben Recht. Bei den Wohlstandsindikatoren, wenn man den Durchschnitt der OECD-Staaten als 100 nimmt, liegt Österreich bei 118 und Deutschland bei 105.

Kein Wunder, dass sich die Zahl der deutschen Gastarbeiter in Österreich in den letzten zehn Jahren auf 46.000 verdreifacht hat.

Trotzdem zeigen die Umfragen einen hohen Grad der Enttäuschung und Unzufriedenheit, was die Haltung zur EU oder zur Erweiterung betrifft. Von den Preisen bis zur Kriminalität dienen die EU-Institutionen oder die ärmeren Nachbarn als bequeme Sündenböcke. Es handelt sich freilich keineswegs nur um ein österreichisches Phänomen. Die Chance, den Menschen die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration näher zu bringen, wurde in diversen Wahlkämpfen und Spiegelfechtereien um die europäische Verfassung vertan. Es ist so wie die Wiener Komödie von Dante, jeder zitiert es, aber kaum jemand hat es gelesen. So ist es auch mit der europäischen Verfassung.

Es gibt überall kaum verschleierte Befürchtungen auch wegen des Tempos der Erweiterung. Bulgarien und vor allem Rumänien können weder in der Wirtschaft noch im sozialen Bereich das Entwicklungsniveau der neuen EU-Mitgliedsländer aus dem Osten, ausgenommen die Korruption, in absehbarer Zeit erreichen. Zugleich beschäftigen sich die Brüsseler Bürokraten und die Staatskanzleien bereits mit der Problematik Kroatiens und der Türkei, wobei auch den Staaten des so genannten „Westbalkans“ – merkwürdiger Begriff – eine Beitrittsperspektive auf lange Sicht angeboten wird. Dass man in Brüssel, Berlin und Paris die Chance der rechtzeitigen Vertiefung und Reform der inneren Strukturen zugunsten einer schnellen Erweiterung vertan hat, könnte sich als vielleicht der folgenschwerste Fehler der europäischen Integration erweisen. Gerade der 60. Jahrestag der Befreiung sollte uns daran erinnern, dass bei den verwirrenden Streitigkeiten um Tempo und Richtung der europäischen Integration letzten Endes auch unsere Werte und unsere demokratischen Ordnungen auf dem Spiel stehen.

Und Österreich? Die grundsätzliche außenpolitische Positionierung Österreichs kann und soll auch nicht geändert werden, vorausgesetzt, dass man nie vergisst, dass es von Wien nach Innsbruck genauso weit ist wie von Wien nach Sarajevo. Unsere Geografie könnte noch an vielen anderen primitiven Beispielen sichtbar gemacht werden. Statt sicherheitspolitischer Rhetorik sollte man die Orientierungspunkte nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der kulturellen Durchmischung suchen. Die Steiermark geht hier übrigens nicht seit erst heute mit der Kulturhauptstadt Graz 2003 und mit der Organisation der bevorstehenden internationalen und interdisziplinären Gespräche im Schloss Seggau beispielgebende Wege. Dieses Dialogforum ist ein großartiges Experiment. Und die Innenpolitik? Die vom deutschen Kollegen Nonnenmacher gelobte Entzauberung der populistischen Systemkritiker ist vielleicht dem Bundeskanzler zu gut gelungen. Die Zukunft wird zeigen, ob Österreich vor dem diffusen innenpolitischen Hintergrund die große Herausforderung der EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte 2006 bewältigen kann.

Der große konservative britische Denker und Kritiker der französischen Revolution Edmond Burke schrieb einmal: „Jede politische Entscheidung ist eine Wahl zwischen dem Unangenehmen und dem Unerträglichen“. Das gilt sowohl für die EU wie auch für die österreichische, ja vielleicht sogar für die steirische Politik.

Zum Schluss: Alles in allem waren diese 60 Jahre für Österreich und Europa eine einzigartige Erfolgsgeschichte, freilich nicht ohne Schatten. Und nach diesem notwendigerweise sehr oberflächlichen Rückblick und Ausblick kann man eigentlich nur den großen dänischen Philosophen Sören Kierkegaard zitieren: „Das Leben wird zwar nach vorwärts gelebt, aber nur nach rückwärts wirklich verstanden.“

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, dass Sie die Länge samt dem Akzent ertragen konnten. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.10 Uhr.)

Präsident: Herr Prof. Lendvai, ich danke Ihnen für den beeindruckenden Festvortrag, der auch eine tief schürfende Interpretation der österreichischen Befindlichkeit und des Erfolgsmodells nach 1945 darstellt.

Es folgt nun die Bundeshymne, danach die Landeshymne.

(Bundeshymne und Landeshymne)

Präsident: Die Sitzung ist geschlossen.

Ich lade Sie nun in den Rittersaal zu einem Empfang ein. Dort gibt es einen Büchertisch, der vorbereitet ist

und Herr Professor Paul Lendvai ist gerne zur Signierung bereit.

Ich weise darauf hin, dass um 17.30 Uhr heute im Landhaushof ein ökumenischer Gottesdienst stattfindet. Ich lade Sie dazu ein.

(Ende der Sitzung: 11.14 Uhr.)





